

**Niederschrift
über die
Mitgliederversammlung und Wiederholungsversammlung
am 14. Juni 2019 in Deidesheim**

Beginn: 09.45 Uhr
Ende: 11.00 Uhr
Teilnehmer: gemäß Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden**
 - 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit**
 - 3. Genehmigung der Tagesordnung**
 - 4. Genehmigung der Niederschrift der Mitgliederversammlung vom 29. Juni 2018 in Bad Homburg**
 - 5. Anmerkungen zur Situation unserer Industrie durch den Vorsitzenden**
 - 6. Erläuterungen zum Geschäftsbericht durch den Geschäftsführer**
 - 7. Jahresabschluss 2018**
 - 7.1. Vorlage**
 - 7.2. Bericht der Rechnungsprüfer**
 - 7.3. Genehmigung**
 - 8. Entlastung des Vorstandes, des Beirates und der Geschäftsführung**
 - 9. Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des Beirates**
 - 10. Haushaltsvoranschlag 2019**
 - 10.1. Vorlage**
 - 10.2. Beitragsfestsetzung 2019**
 - 10.3. Genehmigung**
 - 11. Wahl der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer und des hauptamtlichen Rechnungsprüfers für das Rechnungsjahr 2019**
 - 12. Nachweis über die Meldung des beitragspflichtigen Umsatzes durch Auslosung**
 - 13. Termin und Ort der nächsten Mitgliederversammlung**
-

TOP 1 Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Christian Strunk, begrüßt die Anwesenden zur Jahresmitgliederversammlung 2019.

Herr Strunk begrüßt zunächst den Ehrenvorsitzenden des Verbandes, Herrn Michael Schulz, sowie Herrn Juchem, den Vorsitzenden der UEPG.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Strunk stellt fest, dass die Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig ist und schließt die Versammlung.

Ergebnis: Die Versammlung ist gemäß § 14 Ziffer 1 Satz 1 vero-Satzung nicht beschlussfähig und wird daher geschlossen.

Wiederholungsversammlung

TOP 1 Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden

Nunmehr begrüßt Herr Strunk die Anwesenden zur unmittelbar im Anschluss durchzuführenden Wiederholungsversammlung im Sinne des § 14 Ziffer 1 Satz 2 vero-Satzung zur Mitgliederversammlung 2019.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Strunk erläutert, dass nach § 14 Ziffer 1 Satz 2 vero-Satzung für den Fall, dass eine beschlussfähige Mitgliederversammlung nicht zustande gekommen ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der Teilnehmer, die Versammlung beschlussfähig ist.

Herr Strunk stellt fest, dass nunmehr Beschlussfähigkeit der Versammlung gegeben ist.

Ergebnis: Die Versammlung ist gemäß § 14 Ziffer 1 Satz 2 vero-Satzung beschlussfähig.

TOP 3 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Strunk führt aus, dass die Tagesordnung den Mitgliedern mit der Einladung mit Schreiben vom 13. März 2019 zugesandt worden sei. In der Geschäftsstelle seien weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche eingegangen.

Auch auf Nachfrage von Herrn Strunk in der Versammlung werden keine Ergänzungs- und/oder Änderungswünsche geäußert.

Ergebnis: Die Tagesordnung gilt als genehmigt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung vom 29. Juni 2018 in Bad Homburg

Herr Strunk teilt mit, dass die Niederschrift der Mitgliederversammlung vom 29. Juni 2018 den Mitgliedern mit Rundschreiben ÜF 03/2019 vom 23. Januar 2019 zugesandt worden sei.

Es wird festgestellt, dass zu der Niederschrift keine Änderungswünsche bestehen, so dass von einer einstimmigen Genehmigung auszugehen werden könne.

Ergebnis: Die Mitgliederversammlung genehmigt die Niederschrift über die Mitgliederversammlung vom 29. Juni 2018 in Bad Homburg.

TOP 5 Anmerkungen zur Situation unserer Industrie durch den Vorsitzenden

Herr Strunk beglückwünscht Herrn Max Pescher zu seinem Geburtstag. Danach folgt ein Hinweis auf eine geplante Veranstaltung der Ritchie Brothers.

Herr Matthias Ressel beschreibt die Ziele der für den Zeitraum vom 24. – 26. September 2019 geplanten Veranstaltung in Rotterdam. Es gehe unter anderem um den Besuch einer thermischen Asphaltreinigungsanlage. Es werde auch einen Einblick in die Geschichte des Rotterdamer Hafens geben. Das entsprechende Programm werde in Kürze versandt.

In der folgenden Rede geht Herr Strunk zunächst auf die Aktivitäten des Verbandes ein. Rückblickend betrachtet Herr Strunk die bisherigen beiden Jahre seiner Amtszeit als ereignisreich und spannend. Man habe gemeinsam mit dem Team der Geschäftsstelle vieles erreicht.

Herr Strunk merkt an, dass man sich in einer Zeit befinde, in der sich die Dinge schnell verändern, insbesondere im politischen Spektrum. Man habe es momentan auf allen politischen Ebenen nicht ganz leicht, man erkenne die Angst der Politik, Entscheidungen zu treffen, die für die Wirtschaft, aber auch den Erhalt der Rohstoffindustrie notwendig seien. Oftmals fehle das Verständnis dafür, dass die dringend benötigten Rohstoffe auch gefördert werden müssen. Es werde wider besseres Wissen auf eine Recyclingmöglichkeit verwiesen und verkannt, dass Recycling nach der momentanen Datenlage nur 12 % des Bedarfs an Rohstoffen ersetzen könne. Diese Datenlage sei zuletzt durch die Studie des Kreislaufwirtschaftsträgers Bau untermauert worden.

Ein solches Gespräch sei durch Herrn Raimo Benger und Herrn David Tigges bei der Bezirksregierung geführt worden. Dort sei man zumindest offen für die Option des Flächentauschs gewesen, um nicht verwertbare Flächen gegen andere Flächen tauschen zu können.

Es müsse einem angst und bange werden, wenn in einem rohstoffreichen Land durch künstliche Genehmigungsverknappung ein Mangel an verfügbaren Rohstoffen entstände. Die Politik laufe leider heute meist dem Mainstream hinterher, so dass wirtschaftliche Zusammenhänge immer mehr verloren gingen.

Herr Strunk führt detailliert aus, dass es für die nachfolgenden Wirtschaftszweige unabdingbar sei, dass Rohstoffe gefördert würden und verweist unter anderem auf die Herstellung von Beton, den Straßen- und Brückenbau sowie die Pharma- und Chemiebranche.

Ohne Beton habe man keine stabile Bauweise, ohne Hartgestein keine schöne Bauweise. Die Grundlage für wirtschaftliche Erfolge werde in Deutschland in die Rohstoff- und Bauindustrie gelegt. Dieser Gedanke ginge jedoch zunehmend bei den politischen Entscheidungsträgern verloren.

Herr Strunk verweist dabei auf Ludwig Erhard und dessen Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft und bedauert, dass dieser scheinbar in Vergessenheit geraten sei. Gerade der momentanen, prosperierenden Zeit solle man sich von wirtschaftlicher Vernunft leiten lassen und nicht einem politischen Mainstream hinterherlaufen, um sein Gewissen reinzuwaschen. Das könne für die Rohstoffbranche aber nicht der Weg sein. Man müsse vielmehr immer wieder darauf hinweisen, dass die Rohstoffe als Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit für das Gemeinwohl unabdingbare Voraussetzung sind.

Herr Strunk appelliert an die Unternehmensvertreter, auch die eigenen Mitarbeiter bei ihrem politischen Engagement zu unterstützen. Es könne nur helfen, wenn hierdurch wirtschaftlicher Sachverstand auch auf kommunaler Ebene vorhanden sei.

Herr Strunk berichtet, dass einer seiner Mitarbeiter bereits Kreisvorsitzender einer Partei sei und dem es immer wieder gelinge, die wirtschaftlichen Interessen zu platzieren.

Herr Strunk führt weiter aus, dass in Zeiten, in denen nach der Verteuerung von Energie geschrien werde, um dem Klimawandel zu begegnen obwohl Deutschland nur für ca. 2 % der weltweiten CO₂ Emissionen verantwortlich sei, aus wirtschaftlicher Perspektive einiges schief laufe.

Man wolle allerdings nicht schwarzmalen. Es habe in dem vergangenen Jahr zwar auch negative Berichterstattung gegeben, jedoch weitüberwiegend positive Artikel. In denen habe man deutlich machen können, wie knapp Beton, Kies und Sand und Splitt geworden sind. Dies sei nun ins Bewusstsein gerückt worden. Auch im weiterverarbeitenden Bereich sei angekommen, dass die Rohstoffbranche Unterstützung benötigt, um die politischen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Es habe beispielsweise in Schleswig-Holstein, wo einige Betriebe vor dem Aus standen, Gespräche mit Ministern gegeben und im Rahmen von Runden Tischen habe man tatsächlich dafür gesorgt, dass neue Flächen ausgewiesen werden konnten. Der Verband habe auch geschafft, dass in dem „grünen“ Bundesland Hessen erstmals im Koalitionsvertrag die Formulierung vorhanden ist, dass genügend Flächen für die Rohstoffversorgung in den Regionalplänen ausgewiesen werden müssen.

In NRW sei der Verband auf politischer Ebene außerordentlich erfolgreich gewesen. So sei es gelungen, unsere Forderungen 1:1 im Koalitionsvertrag zu platzieren. In der Folge habe man erfolgreich darauf hingewirkt, dass die Landesregierung nun endlich auch die Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen vorantreibt. Die juristische Grundlage der Rohstoffindustrie, der Landesentwicklungsplan, sehe sehr positiv für die gesamte Branche aus. Herr Strunk erwähnt konkret die Verlängerung der Versorgungszeiträume im Bereich der Lockergesteine von 20 auf 25 Jahre. Dies sei gegen den Mainstream ein großer Erfolg der verbandlichen Arbeit in NRW, da der Landesentwicklungsplan mit diesen Inhalten nun wohl auch in der Form beschlossen werde.

Ein weiterer großer Baustein der politischen Arbeit in NRW war im vergangenen Jahr das Wasserrecht. Der § 35 Abs. 2 des LWG NRW verbietet Gewinnungen in Wasserschutzgebieten. Dieser Absatz werde nun gestrichen. In gemeinsamen Gesprächen mit dem Umweltministerium habe man Gesetzesentwicklung zu unseren Gunsten betrieben, so dass in Zukunft auch in den angesprochenen Bereichen Flächenausweisungen möglich werden könnten. Dies sei ein gutes Beispiel für erfolgreiche Verbandsarbeit hinter den Kulissen.

Im Ergebnis sei man ein gutes Stück weitergekommen. Man müsse jedoch immer auch für die Zukunft überlegen, wie man sich verbessern kann. Man habe weiter an der Kommunikation zu arbeiten. Man habe mit der neuen Mitarbeiterin, Frau Bender, schon einiges erreicht, man müsse aber weiter noch mehr in diesem Bereich tun.

Vielleicht müsse man durch geeignete Maßnahmen sogar die Situation zuspitzen, um politischen Druck aufzubauen.

Herr Strunk schließt seinen Vortrag mit der Feststellung, dass man sich als Branche nicht verstecken müsse, da man mit ökologischem Mehrwert arbeite und selbstbewusst darauf verweisen könne, was die Branche für den Wirtschaftsstandort Deutschland leiste.

Herr Strunk wünscht dem Verband ein weiteres erfolgreiches Jahr und verweist für weitere Einzelheiten auf den Geschäftsbericht des Verbandes.

Ergebnis: Die Teilnehmer nehmen den Bericht des Vorsitzenden zustimmend zur Kenntnis.

TOP 6 Erläuterungen zum Geschäftsbericht durch den Geschäftsführer

Der Hauptgeschäftsführer, Raimo Bengler, beginnt mit einer kurzen Zusammenfassung der Tätigkeit des Verbandes aus dem letzten Jahr.

Zu Beginn erwähnt Herr Bengler, dass das Kartellrecht ein großes Thema sei, da einige Unternehmen die Frage aufwerfen, ob der Verband in puncto Compliance richtig aufgestellt sei. Herr Bengler stellt fest, dass der Verband in dieser Hinsicht optimal aufgestellt sei, da die Mitarbeiter jedes Jahr geschult würden. Eine Kanzlei habe bescheinigt, dass man in diesem Kontext nicht mehr machen könne.

Inhaltlich beginnt Herr Bengler mit der Beschreibung der Situation in Schleswig-Holstein. Dort seien jahrelang die Regionalpläne nicht fortgeschrieben worden, was zu massiven Engpässen bei der Flächenverfügbarkeit geführt habe. Man sei dann bei der Landesregierung vorstellig geworden und habe dargelegt, dass den Unternehmen die Genehmigungen fehlen. Dann wurden sog. Runde Tische gebildet und erklärt, dass die heimischen Rohstoffe elementarer Bestandteil der wirtschaftlichen Wertschöpfungskette seien.

Raimo Bengler illustriert das Thema anhand eines unternehmensspezifischen Beispiels. Nach der Verbands- und Pressearbeit vor Ort hätten sogar die Bürger den Weiterbetrieb des Unternehmens gefordert.

Herr Bengler führt bezüglich Niedersachsen aus, dass Unternehmen ihm berichtet hätten, dass die Genehmigungsverfahren deutlich zu lange dauerten. Herr Bengler erklärt an dieser Stelle das Konzept der Sozialen Dialoge aus anderen Bundesländern und weist daraufhin, dass dieser Soziale Dialog nun auch in Niedersachsen eingeführt worden sei, nachdem man zuvor beim Wirtschaftsminister und Umweltminister gewesen sei, mit Teilnehmern aus dem Sozialen Dialog, u. a. dem Landeschef des NABU. Der Minister habe in der Folge Betriebe der Rohstoffindustrie bereist.

Herr Bengler betont, er wolle mit diesen Beispielen etwas Mut machen, da man auch Problemregionen habe, wie den Niederrhein oder die Vulkaneifel.

Heute habe man in Niedersachsen nach schwierigen Jahren endlich wieder ausgewiesene Flächen für neue Steinbrüche im NROP. Das sei ein Akt von 15 Jahren intensiver politischer Kommunikation gewesen.

Für NRW verweist Herr Bengler auf die Ausführungen von Herrn Strunk und berichtet anschließend zum Wasserentnahmeentgelt. Er schildert, dass man vor Jahren bereits einen gemeinsamen Appell an die Landesregierung gerichtet habe, dass die momentane Ausgestaltung nicht in Ordnung sei, da sie keine ökologische Lenkungswirkung habe. Es habe nun einen neuen Vorstoß gegeben. Die Umweltministerin habe vero und NABU versprochen, es erneut zu prüfen. Man sei nun in der Diskussion mit den zuständigen Referaten und es werde zu einer Kostenentlastung für die Unternehmen kommen.

Noch wichtiger sei jedoch das Landeswassergesetz. Hier habe Herr Schulz in der Vergangenheit bereits tolle Arbeit geleistet.

Es habe vor einigen Jahren ein Papier gegeben, dass eine Einzelfallprüfung in WSG III vorsieht. Man habe es allerdings nie im Gesetz verankern können.

Herr Bengler verweist in diesem Zusammenhang auf die immensen Probleme der Kiesindustrie in den Regionen Köln und Düsseldorf eine Einzelfallprüfung in den WSZ III und sogar III B zu bekommen. Der Verband hat nun folgenden Satz in den Koalitionsvertrag hineinbekommen: „Die Einzelfallprüfung in der Wasserschutzzone III muss gewährleistet werden.“ Dies werde nun umgesetzt.

Der Verband sei seit rund einem Jahr in Gesprächen mit dem Umweltministerium, um den Verbotstatbestand des § 35 Abs. 2 LWG zu streichen. Die Landesregierung habe dem zugestimmt unter der Bedingung, gemeinsam mit vero eine landesweite Wasserschutzgebietsverordnung zu entwickeln. Herr Bengler erläutert, dass er die Gespräche intensiv gemeinsam mit einem Hydrogeologen und einem Juristen geführt habe. Man habe sich in den Gesprächen jeden Betrieb in NRW hinsichtlich der potentiellen Auswirkungen einer solchen Änderung angeschaut. Die landesweite Wasserschutzgebietsverordnung gehe nun in das Beteiligungsverfahren. Herr Bengler stellt heraus, dass man in NRW mittlerweile einen Status erreicht habe, dass man von der Politik oft nicht erst im Beteiligungsverfahren angehört werde, sondern bereits im Vorfeld. Man werde in naher Zukunft in WSZ III B in der Regel auskiesen können und in bestimmten Fällen auch in WSZ III A. Es werde hierzu in Kürze einen Erlass der Landesplanung geben, der an die Bezirksregierungen gehen. Sowohl Lockergestein als auch Festgestein werde mithin in den einzelnen Verfahren eine Einzelfallprüfung bekommen, da WSZ keine Tabugebiete mehr sein werden. Das werde sich dann konsequenterweise auch auf die Genehmigungssituation der Branche auswirken.

Herr Bengler ergänzt die Ausführungen von Herrn Strunk zum Landesentwicklungsplan und führt aus, dass sowohl Herr Tigges als auch er selber bei der letzten Anhörung gewesen seien. Man sei von der FDP benannt worden. Die Punkte der längeren Versorgungszeiträume seien umgesetzt worden. Herr Bengler appelliert an die Branche, dass man nicht so pessimistisch sein solle. Man habe zwar eine Genehmigungsverknappung, aber man komme vor allem in NRW zügig voran.

Auch in Hessen seien Fortschritte zu erkennen. Nach 1,5 Jahren habe man mit allen politischen Parteien Gespräche geführt. Kurz vor der hessischen Wahl habe man sich mit dem grünen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium getroffen und ihn auf die Rohstoffsituation hingewiesen. Zudem habe man gemeinsam mit dem NABU einen Appell für die künftige politische Arbeit an die Politik gerichtet. Dies habe dazu geführt, dass nun ein Bekenntnis zur Rohstoffindustrie in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden sei. Der Koalitionsvertrag sagt damit, dass ausreichend Flächen für die Branche zur Verfügung stehen müssen. Man werde sich in naher Zukunft darum kümmern, dass die Versprechen auch umgesetzt werden. Herr Bengler weist darauf hin, dass der grüne Wirtschaftsminister, Tarek Al-Wazir, absolut selbstverständlich an dem von vero ausgerichteten Parlamentarischen Abend teilgenommen hat.

In Rheinland-Pfalz weist Herr Bengler auf den dortigen erfolgreichen Sozialen Dialog hin. Auch in RP habe es gute politische Gespräche gegeben. Das Thema „Vulkaneifel“ werde man ebenfalls in den Griff bekommen.

Herr Bengler führt weiter aus, dass der Schwerpunkt des Verbandes im Moment auf der Rohstoffbranche liege, da dort die Probleme am größten und hiervon die nachgelagerten Branchen abhängig seien. Auch Transportbeton und Asphalt benötigten diese Rohstoffe. Auch in den Bereichen Transportbeton und Asphalt habe man allerdings eine Medienoffensive gestartet. Diesbezüglich verweist Herr Bengler auf den Transportbetonfilm, der unter anderem an alle Entscheidungsträger versandt worden sei.

Weiterhin habe es auch eine wunderbare Veranstaltung mit Herrn Michael Weber, Fachgruppenvorsitzender Transportbeton/Betonförderer, gegeben, die sehr gut besucht gewesen sei. Man mache das, was der Bundesverband Transportbeton auf Bundesebene mache auf der regionalen Ebene. Man führe beispielsweise Wohnungsbaugipfel durch oder auch einen Straßenbautag. Zudem würden jährlich Gespräche mit den entsprechenden Verwaltungen in allen Bundesländern stattfinden. Die Lehrgänge Gesteinskörnung und Betonprüfer seien abermals überbucht gewesen. Herr Bengler bedankt sich bei Michael Spenrath und Franz Schulte für die in diesem Bereich geleistete Arbeit. Grade habe in Hamburg das Betonförderer-Forum mit 45 Teilnehmern stattgefunden. In der Betonbauteilindustrie erläutert Herr Bengler, dass es momentan keinen Bundesverband gebe. Auch hier führe man eine Öffentlichkeitskampagne durch und parallel Mitgliederwerbung. Die letzte Branche, die man im Verband habe, sei die Recyclingindustrie. Es habe eine Recycling-Technik Messe stattgefunden, anlässlich derer man unter anderem das Thema Betonrecycling angesprochen habe. Herr Bengler weist darauf hin, dass Jasmin Klöckner die Fachgruppe Recycling betreue und auch die BRB. Herr Bengler erwähnt, dass es gut sei, dass man den Bundesverband in der Geschäftsstellengemeinschaft habe, da oftmals die Politik mehr Recycling fordere. Man weise dann zwar daraufhin, dass mehr als 90 Prozent bereits recycelt würden, die nur 12 Prozent des Bedarfs deckten, aber es helfe sehr, dass man darauf verweisen kann, dass man die entsprechenden Unternehmen bei sich habe.

Herr Bengler erklärt, dass man nicht auf Bundesebene tätig sei, aber eine enge Abstimmung mit dem MIRO und dem DAV sowie dem BTB stattfinde. Man kenne des Weiteren einige Politiker auf Bundesebene. Man habe im Moment den Vorteil, dass viele Entscheidungsträger in Berlin aus NRW und RP kommen, so dass man viele Gespräche gemeinsam mit den Bundesverbänden arrangiert und geführt habe.

Herr Bengler erwähnt, dass vielfältige Presseerklärungen lanciert und Pressekonferenzen organisiert wurden. Aus Sicht des vero sei es grundsätzlich so, dass man nicht auf eine Kampagne reagiere, wenn man angegangen worden war, sondern versuche zu agieren. Dies macht Herr Bengler deutlich am Beispiel Genehmigungsverknappung. Hierbei habe man dann die Dinge die an anderer Stelle vorgeworfen worden seien ab, ohne direkt zu reagieren. Man habe diese Presseaktivitäten von Kiel bis Hessen durchgeführt. Der Verband baue dabei Journalistenkontakte auf, regional und überregional. Es habe zudem einen kontinuierlichen Ausbau der Social Media Aktivitäten gegeben. Dies sei ein ganz wichtiger Multiplikator und für die Branche notwendig. Außerdem habe der Verband nun ein neues Corporate Design.

Zum Ende seiner Ausführung weist Herr Bengler noch auf zwei Veranstaltungen hin und erbittet eine umfangreiche Teilnahme. Dies sind zum einen der Rohstofftag NRW am 28. August in Düsseldorf und zum anderen am 28. + 29. Oktober in Hannover eine Veranstaltung unter der Schirmherrschaft eines Ministers.

Außerdem appelliert Herr Bengler daran, den Verband weiter tatkräftig zu unterstützen, in Gremien, Arbeitskreisen etc.

Auch bedankt sich Herr Bengler bei seinen Mitarbeitern und erwähnt insbesondere Rita Höwner, die u. a. diese Veranstaltung organisiert habe.

Herr Strunk stellt anschließend fest, dass es zu den beiden Berichten keine Nachfragen aus dem Publikum gibt.

Ergebnis: Die Teilnehmer nehmen den Bericht des Hauptgeschäftsführers Raimo Bengler zustimmend zur Kenntnis.

TOP 7 Jahresabschluss 2018

TOP 7.1 Vorlage

Herr Strunk weist daraufhin, dass der Jahresabschlussbericht den Mitgliedern zugesandt worden sei.

Man schließe abermals mit einem positiven Ergebnis in Höhe von 126.662,22 Euro.

Auf Nachfrage von Herrn Strunk wird seitens der Versammlung keine Aussprache und/oder Erörterung von einzelnen Positionen gewünscht.

TOP 7.2 Bericht der Rechnungsprüfer

Herr Strunk informiert, dass die Belegprüfung, durch die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer, Herrn Lemkamp und Herrn Puff durchgeführt worden sei. Herr Strunk bittet Herrn Lemkamp um den entsprechenden Bericht.

Herr Lemkamp führt aus, dass auf der Mitgliederversammlung am 19. Juli 2018 er selber und Herr Puff erneut zu Rechnungsprüfern bestellt worden seien. Man habe satzungsgemäß am 28. Mai 2019 in der Geschäftsstelle in Duisburg die Buchhaltung und Jahresabschlüsse geprüft. Er teilt mit, dass alle relevanten Unterlagen vorgelegen hätten. Alle Fragen seien vollumfänglich beantwortet worden. Herr Lemkamp teilt ferner mit, dass alle Aufwendungen im Sinne des Verbandes erfolgt seien, sowie, dass es keine Beanstandungen gebe. Herr Lemkamp schließt sich den Ausführungen der Wirtschaftsprüfer an und empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Vorstand, den Beirat und die Geschäftsführung zu entlasten.

Ergebnis: Die Mitgliederversammlung nimmt den Bericht von Herrn Lemkamp zustimmend zur Kenntnis.

TOP 7.3 Genehmigung

Nachdem das Wort bezüglich des Berichts von Herrn Lemkamp nicht gewünscht wird, lässt Herr Strunk über die Genehmigung des Jahresabschlusses 2018 abstimmen.

Ergebnis: Der Jahresabschluss 2018 wird seitens der Mitgliederversammlung einstimmig genehmigt.

TOP 8 Entlastung des Vorstandes, des Beirates und der Geschäftsführung

Herr Lemkamp ergreift das Wort und führt die entsprechende Abstimmung durch. Herr Büsch beantragt die Entlastung des Vorstandes, des Beirates und der Geschäftsführung. Ergänzende, ändernde oder andere Anträge werden hierzu nicht gestellt. Auch im Übrigen wünscht die Versammlung hierzu nicht das Wort.

Sodann wird getrennt nach Vorstand und Beirat einerseits sowie der Geschäftsführung andererseits abgestimmt:

- a. Entlastung des Vorstandes und Beirates:

Gegenstimmen und Enthaltungen erfolgen nicht.

Ergebnis: Vorstand und Beirat werden einstimmig entlastet.

- b. Entlastung der Geschäftsführung:

Gegenstimmen und Enthaltungen erfolgen nicht.

Ergebnis: Die Geschäftsführung wird einstimmig entlastet.

TOP 9 Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des Beirates

Herr Lemkamp merkt an, dass die Herren Bernd Griese und Lutz Träbert nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung stehen. Die Herren Mirko Curic, Manfred Kruse und Robért van de Laar haben ihre Mitarbeit angeboten.

Herr Strunk bedankt sich herzlich bei den ausscheidenden Mitgliedern des Vorstandes.

Sodann weist Herr Lemkamp die Mitglieder darauf hin, dass in den Tischvorlagen Listen ausliegen, in denen alle Personen, die zur Wahl stehen, aufgeführt sind. Er fragt, ob es weitere Vorschläge aus den Reihen der Unternehmer gibt. Weitere Vorschläge durch die Mitgliederversammlung erfolgen nicht.

Die Wahl der auf den Listen aufgeführten Personen erfolgt einstimmig, sowohl für den Vorstand, als auch für den Beirat.

Ergebnis: Vorstand und Beirat werden einstimmig gewählt.

Gewählte Vorstandsmitglieder sind:

Rainer Brings
Sven Fischer
Andreas Goedecke
Christoph A. Hagemeyer
Michael Hüging-Holemans
Michael Jester
Thilo Juchem
Franz-Bernd Köster
Dr.-Ing. Christian Lange
Robert Lindemann-Berk
Heimo Milnickel
Carsten Simme
Nico Steudel
Michael Stoll
Christian Strunk

Thomas Theilmeier
Michael Weber
Dirk Wegener

Gewählte Beiratsmitglieder sind:

Armin Bast
Frank Conrads
Mirco Curic
Heiko Dallmann
Burkhard Ebel
Dr. Burkhard Ebeling
Werner Eistert
Peter Graf von Spee
Dr. Gerd Hagenguth
Berthold Heuser
Christoph Kaufmann
Stefan Krane
Manfred Kruse
Ralph Lang
Ralf Linden
Ingo Rüdiger Lothmann
Dr. Philipp Niemann
Peter Nüdling
Dr. Paul Páez-Maletz
Max Pescher
Werner Schaurte-Küppers
Thomas Schlütting
Robert van de Laar
Ferdinand Wesling jun.
Dr. Rolf Wildförster

TOP 10 Haushaltsvoranschlag 2019

TOP 10.1 Vorlage

Herr Strunk beziffert den Etatvorschlag für 2019 mit einem Überschuss von 18.578 Euro. Eine Erläuterung wird nicht gewünscht.

TOP 10.2 Beitragsfestsetzung

Im Hinblick auf die Beitragsfestsetzung schlägt Herr Strunk vor, die Beitragsfestsetzung für das Jahr 2018 unverändert zu lassen. Seitens der Versammlung wird das Wort hierzu nicht gewünscht.

Ergebnis: Die Versammlung beschließt, die Beitragsfestsetzung unverändert zu lassen.

TOP 10.3 Genehmigung des Haushaltsvoranschlages

Anschließend lässt Herr Strunk über die Genehmigung des Haushaltsvoranschlages für 2019 abstimmen. Gegenstimmen und Enthaltungen werden nicht abgegeben.

Ergebnis: Die Mitgliederversammlung genehmigt den Haushaltsvoranschlag für 2019.

TOP 11 Wahl der ehrenamtlichen und des hauptamtlichen Rechnungsprüfers für das Jahr 2019

Herr Strunk schlägt zur Wahl der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer erneut Herr Puff und Herrn Lemkamp vor.

Es gibt hierzu keine Enthaltung und auch keine Gegenstimmen.

Ergebnis: Herr Lemkamp und Herr Puff werden einstimmig zu ehrenamtlichen Rechnungsprüfern gewählt.

Nunmehr schlägt Herr Strunk vor, die **P & F Bergisch-Märkische Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gummersbach**, zum hauptamtlichen Rechnungsprüfer zu wählen.

Seitens der Mitgliederversammlung werden keine Gegenvorschläge vorgenommen.

Im Rahmen der sich anschließenden Abstimmung ergeben sich weder Gegenstimmen noch Enthaltungen.

Ergebnis: Die P & F Bergisch-Märkische Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gummersbach, wird zum hauptamtlichen Rechnungsprüfer gewählt.

TOP 12 Nachweis über die Meldung des beitragspflichtigen Umsatzes durch Auslosung

Herr Strunk bittet Herrn Faulmann, die Ziehung der Lose vorzunehmen.

Das Ergebnis der Losziehung lautet:

I. Aus der Fachgruppe Gesteinskörnung, Naturstein, Quarz und Naturwerkstein:

1. CEMEX Kies & Splitt GmbH, Werk Piesberg, Osnabrück
2. Johannes Nickel GmbH & Co. KG (Dreihausen)
3. ROSS Bauservice GmbH & Co. KG
4. Holcim Beton und Zuschlagstoffe GmbH, Dortmund (Rheinkieswerk Vorst)
5. Christian Siebels & Co. GmbH
6. Mineral Baustoff GmbH, Kieswerk Tündern
7. Kalk- und Mergelwerke Heinrich Müller GmbH & Co. KG, Werk Künsebeck
8. Holcim Beton und Zuschlagstoffe GmbH, Dortmund (Rheinkieswerk Kaarst)
9. Johann Düro Hartsteinwerke GmbH & Co. KG
10. Nikolaus Müller Natursteinwerke GmbH & Co. KG

II. Aus der Fachgruppe Transportbeton/Betonförderer:

1. KUNO Betonpumpenservice GmbH & Co. KG
2. Transportbeton Westenfeld GmbH & Co. KG
3. sibobeton Wilhelmshaven GmbH & Co. KG
4. TER Transportbeton Ennepe-Ruhr GmbH & Co. KG
5. Niemeier Beton GmbH & Co. KG

III. Aus der Fachgruppe Mörtel:

1. Tramira Transportwerk Minden-Ravensberg GmbH & Co. KG
2. Transportbeton Westenfeld GmbH & Co. KG

IV. Aus der Fachgruppe Recycling-Baustoffe:

1. Meyer Transporte & Baumaschinen-Vermietung GmbH
2. Remex Mineralstoff GmbH, Betriebsstätte Recklinghausen

V. Aus der Fachgruppe Betonbauteile:

1. Jakon GmbH
2. Borgers Baustoffe GmbH & Co. KG

Ergebnis: Die genannten Firmen werden gebeten, ihren an den Verband gemeldeten Umsatz durch einen Wirtschaftsprüfer/Steuerberater bestätigen zu lassen und diese Bestätigung dem Verband zuzusenden.

TOP 12 Termin und Ort der nächsten Mitgliederversammlung

Herr Strunk teilt mit, dass die nächste Mitgliederversammlung vom 17. bis 19. Juni 2020 in Kiel abgehalten werde.

Ergebnis: Die Mitgliederversammlung nimmt dieses zustimmend zur Kenntnis.

Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht wird, schließt Herr Strunk die Versammlung um 11.00 Uhr.

Duisburg, 28. Oktober 2019

gez. Christian Strunk
Vorstandsvorsitzender

gez. Raimo Benger
Hauptgeschäftsführer